

Muß die Energiewende bald wirklich ohne russisches Gas auskommen?

Berliner Wunderglauben

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Wochenbericht 21/24) hat die europaweite Gasnachfrage modelliert, um Ausstiegsszenarien zu simulieren. Denn trotz Sanktionen stammen 14 Prozent des deutschen Erdgases aus Russland, wobei Pipelinegas vielerorts durch russisches Flüssiggas (LNG) ersetzt wurde. Österreich importiert 95 Prozent seines Bedarfs aus Russland.



von
Reiner Osbild

„Leider fallen bei den DIW-Analysen Kosten und Nebenwirkungen mal wieder unter den Tisch.“

Die gute Nachricht des Berliner DIW: Eine stärkere Diversifizierung der Quellen ist möglich, wobei vor allem Norwegen in die Bresche springen soll, aber auch Katar, Aserbaidschan oder Turkmenistan. Ob man dann ruhiger schlafen kann? Zumal der dominierende LNG-Anbieter USA recht teuer ist und Exportbeschränkungen plant. Im Kontext der behaupteten Klimaschädlichkeit fossiler Brennstoffe müsse ohnehin eine vollständige Reduktion des Gasverbrauchs angestrebt werden, mahnt Claudia Kemfert, Leiterin der DIW-Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt. Damit wäre das „Russengas“ kein Thema mehr; beide Ziele – das klimapolitische und das sanktionspolitische – wären gleichermaßen abgeräumt.

Leider fallen bei den Analysen Kosten und Nebenwirkungen mal wieder unter den Tisch. So werden die Gaspreise sträflich vernachlässigt. Obwohl diese sich verglichen mit 2022/23 abschwächen, liegen sie immer noch deutlich über dem Niveau von vor dem Ukrainekrieg. Grund hierfür dürfte unter anderem sein, daß preiswertes russisches Pipelinegas durch teures amerikanisches LNG ersetzt wurde. Eine Mitschuld trägt auch der deutsche Fiskus, der den Gasverbrauch eines durchschnittlichen Mehrfamilienhauses stark belastet: Nach einer Analyse des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) beträgt der Anteil der

Steuern und Abgaben 22 Prozent der Gasrechnung. Während dieses Geld überwiegend beim deutschen Staat verbleibt, kommen die hohen Importrechnungen der Lieferländern zugute, also den USA & Co. Aber kann über den Preis, also die steuer- wie sanktionsbedingte Verteuerung des Erdgases, überhaupt die politisch gewünschte Umstellung auf erneuerbare Energien herbeigeführt werden? Nur in Grenzen.

Denn bei der Stromerzeugung ist Gas kein Ersatz für Wind und Sonne, sondern eine Ergänzung der beiden. Die geplanten und noch zu bauenden Gaskraftwerke bezeugen, daß es ohne ein „Backup“, also eine Auffanglösung für Zeiten der Dunkelflaute – keine Sonne, kein Wind – einfach nicht geht. Wir werden also, mal mehr, mal weniger, auf das Erdgas, welcher Herkunft auch immer, angewiesen sein. Eine künstliche Verteuerung des Gases, sei es durch das relativ teure LNG, sei es durch die Bevorzugung nicht-russischer Lieferanten, sei es durch den deutschen Fiskus, ist ein Schuß ins eigene Knie. Da dieses „Backup“-Gas nicht durch noch so viele Windturbinen und PV-Module ersetzt werden kann, entfacht der hohe Preis keinerlei Lenkungswirkung. Er belastet einfach nur Wirtschaft und Verbraucher. Wenn gleichzeitig Rußland sein preiswertes Gas Ländern wie China und Indien verkauft, also an Konkurrenten auf dem Weltmarkt, dann verliert Deutschland gleich doppelt an Wettbewerbsfähigkeit: eine Abwanderung von Unternehmen und Wohlstandsverluste sind die Folge. Ganz unabhängig vom russischen Gasimport gehört das ganze Konstrukt der sogenannten Energiewende auf den Prüfstand. Professorin Kemfert vom ampeltruen DIW und Mitgründerin der Greta-Sekte „Scientists for Future“, dürfte für diese Aufgabe ungeeignet sein.

Ampel beschließt umstrittenes Rentenpaket II mit „Generationenkapital“

Nichts Halbes, nichts Ganzes

Von **Ulrich van Suntum**

Das Rentenpaket II der Ampel ist das Gegenteil von Generationengerechtigkeit. Denn während das Rentenniveau bei 48 Prozent der durchschnittlichen Lohnneinkommen stabilisiert wird, steigt die Beitragslast weiter an: von derzeit 18,6 Prozent auf 20,2 Prozent (2030) bzw. 21,3 Prozent bis 2040. Damit wird das 2004 von der damaligen rot-grünen Koalition eingeführte Nachhaltigkeitsprinzip in der Altersvorsorge gekippt: Statt einer fairen Verteilung der steigenden Alterslast auf Rentner und Erwerbstätige werden jetzt allein letztere belastet, allerdings erst in den kommenden Jahren. Vermutlich erhofft man sich davon Vorteile bei der nächsten Bundestagswahl, da die Rentner erst mal beruhigt sind und die Kosten dafür noch nicht direkt im Geldbeutel der Beitragszahler sichtbar werden.

Als scheinbaren Ausgleich hat FDP-Finanzminister Christian Lindner seine Idee einer zweiten, kapitalgedeckten Säule in das Reformpaket eingebracht. Dieses „Generationenkapital“ soll schrittweise auf 200 Milliarden Euro anwachsen und in Aktien investiert werden, deren Dividenden dann später die Rentenversicherung entlasten. Und zwar sollen sie allein

zur Senkung der Beitragslast verwendet werden, da das Rentenniveau ja festgelegt wurde. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in seinem Jahrestgutachten 2023/24 ausgerechnet, was das konkret bedeutet. Demnach könnte der Beitragssatz ab 2037 um etwa 0,5 Prozentpunkte niedriger sein als ohne den Fonds, wäre damit aber immer noch gut zwei Prozentpunkte höher als aktuell. Das Ganze ist also kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Auch sonst halten die Wirtschaftsweisen nicht viel von der Idee. Denn irgendwo müssen ja die Mittel von rund zehn Milliarden Euro jährlich herkommen, mit denen der Fonds aufgebaut werden soll. Zwar könne der Bund seine Beteiligungen bei Post, Telekom und Commerzbank dort einbringen. Aber dann fehlen im Bundeshaushalt eben auch deren Dividenden von 1,5 Milliarden Euro jährlich, da diese fortan in die Rentenversicherung fließen. Außerdem sei eine so wenig diversifizierte Fondsstruktur zu riskant, gerade in der Altersvorsorge. Also werden den Fonds wohl die Steuerzahler und damit die Erwerbstätigen selbst finanzieren müssen. Das sagt die Ampel allerdings nicht dazu.

Leider nur die halbe Wahrheit

Studien zum EU-Austritt: Binnenmarkt entscheidend / Wird Wissenschaft wegen der Europawahl politisch instrumentalisiert?

DIRK MEYER

Ein Dexit, also ein Austritt Deutschlands aus der Währungsunion oder gar aus der EU, käme aufgrund der Größe (24 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts/BIP; 18,8 Prozent der EU-Bevölkerung) voraussichtlich einem Ende beider Zusammenschlüsse gleich. Von daher erstaunen Warnungen vor solch einem Schritt – zumal vor einer anstehenden Europawahl – nicht. Die wissenschaftliche Fundierung wollen zwei neue Studien bieten. Im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und unter Leitung von Gabriel Felbermayr, Direktor des Wiener Instituts für Wirtschaftsforschung (Wifo), entstand die Studie „Was kostet uns ein Dexit?“. In das hochkomplexe Forschungsmodell fließen die Verflechtungen der Wertschöpfungsketten auf der Basis von 43 Ländern und 50 Sektoren zusammen.

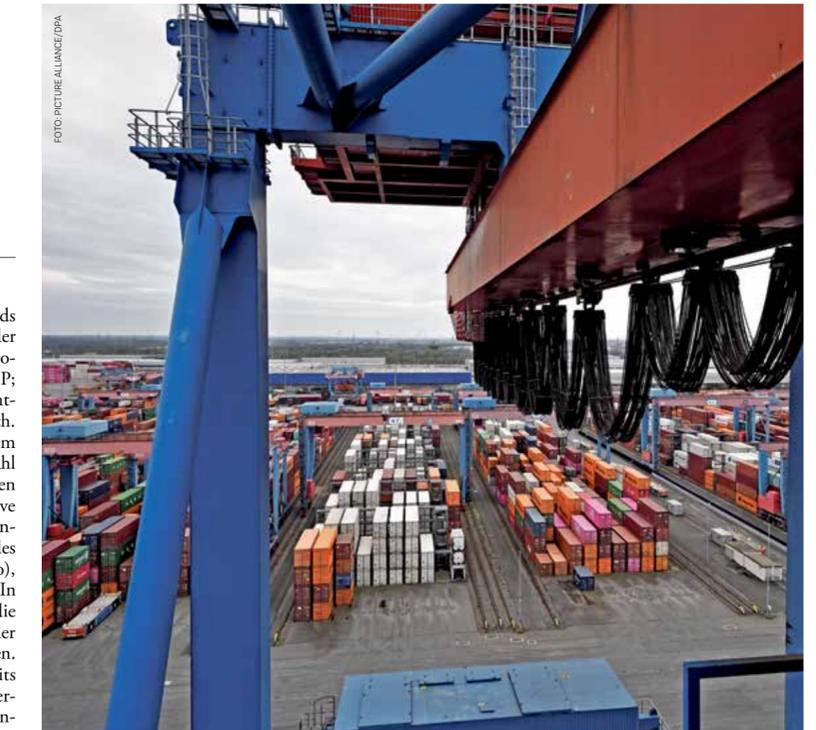
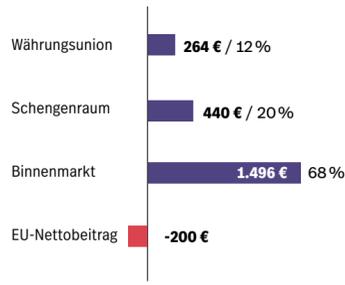
Dabei gehen die Autoren infolge eines Dexit von einer vollständigen Auflösung der bislang erreichten EU-Integration aus. Mit einer 90prozentigen Wahrscheinlichkeit errechnen die Verfasser für Deutschland einen wirtschaftlichen Schaden von 137 bis 276 Milliarden Euro pro Jahr. Umgekehrt ließe sich sagen, daß der Vorteil der EU in Deutschland pro Kopf zwischen 1.650 und 3.300 Euro jährlich liegt. Die große Spanne (Mittel: 2.200 Euro) resultiert aus dem Zusammentreffen möglicher Einflussfaktoren. Im Mittel gehen die Autoren von einem Kaufkraftverlust von fünf Prozent aus; aufgrund von Anpassungsproblemen könnte er für die ersten Jahre bis zu zehn Prozent betragen. Eine wesentliche Ursache sind die derzeit intensiven Handelsverflechtungen mit anderen EU-Ländern.

Kosten der Währungsunion werden völlig unterschätzt

Methodisch beruht die Simulation auf einer gedanklichen Rückabwicklung der bisher erfolgten EU-Integrationschritte. Die erzielten Vorteile der Integration werden folglich im Umkehrschluß als Kosten einer Desintegration genommen. Hiernach hat der Binnenmarkt (68 Prozent) die größten Wohlfandeffekte, gefolgt von der Freizügigkeit des Schengenraumes (etwa 20 Prozent) und der Währungsunion (zwei Prozent). Die Zollunion hat erstaunlicherweise keinen nennenswerten Effekt. Allerdings muß für die Berechnung des Nettovorteils der EU-Mitgliedschaft Deutschlands

Finanzielle Vorteile der EU-Mitgliedschaft

Für Deutschland in Euro pro Kopf und Jahr



Containerbrücke auf dem Hamburger Terminal Altenwerder: Hohe Kosten eines „Weiter so“

der Nettobeitrag zum EU-Budget berücksichtigt werden. Dieser schmälert den Gewinn um etwa acht Prozent. Damit führt ein Euro Nettotransfer zu einem Realeinkommensgewinn von 12,70 Euro – danach bereits rein ökonomisch ein sehr lohnendes Geschäft für Deutschland.

Eine zweite Studie zum Dexit kommt vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW). In Anlehnung an die Brexit-Erfahrungen (JF 23/24) werden die Kosten eines deutschen EU-Austritts abgeleitet. Ohne das Schätzmodell offenzulegen, versuchen die Autoren für den Zeitraum 2016 bis 2021 die Folgen eines hypothetischen Austritts Deutschlands – parallel zum Brexit – zu quantifizieren. Im Gegensatz zur Wifo-Studie, die in den nahen Folgejahren des Austritts hohe Verluste feststellte, steigen die volkswirtschaftlichen Schäden gemäß der IW-Untersuchung im Zeitverlauf an. Während hiernach der BIP-Verlust im ersten Jahr 2,3 Prozent beträgt, steigen die Einbußen im vierten Jahr auf 5,8 Prozent und erreichen im fünften Jahr 5,6 Prozent des jeweiligen realen BIP. Insgesamt wäre das deutsche BIP nach einem Dexit 2016 im Jahr 2021 um 690 Milliarden Euro niedriger ausgefallen.

Die Grenzen beider Studien sind methodisch bedingt. So war Großbritannien nicht Mitglied der Währungsunion, und auch die Handelsverflechtungen waren nicht so intensiv wie die Deutschlands. Von daher dürfte die IW-Studie die Kosten eher unterschätzen. Ganz generell gründet die Kritik an beiden Simulationen an der rückwärtigen Sichtweise. So nutzt die Wifo-Studie Daten aus den EU-Integrationschritten 2000 und 2014. EU-Gemeinschaftsschulden, die neue EZB-Geldpolitik der „Quantitativen Lockerung“ mit den umfangreichen Staatsanleihekäufen oder die Risiken aus dem Anstieg der unbesicherten Target-Forderungen für Deutschland, die bei einem Austritt wahrscheinlich nicht einzufordern wären – alles wichtige Faktoren, die ohne Berücksichtigung bleiben. Drohen zukünftig Risiken aus der überbordenden Staatsverschuldung Italiens, aber auch Frankreichs? Die EU-Bürokratie (Lieferketten-Verordnung; Datenschutzgrundverordnung in jetziger Fassung) wächst scheinbar unaufhaltsam.

Neue Vergemeinschaftungsinstrumente zu La-

sten Deutschlands wurden mit dem einheitlichen Bankenabwicklungsmechanismus zwischenzeitlich installiert, die EU-Einlagensicherung ist geplant. Wie wird sich ein EU-Beitritt der Ukraine als dann sechstgrößtes Land mit einem Pro-Kopf-Einkommen von einem Zehntel der Bundesrepublik auf den Umverteilungsmechanismus auswirken? All dies sind neuere Entwicklungen, die einen Umbau der EU und der Währungsunion bewirken. Dessen Ende und dessen Folgen für Deutschland sind nicht absehbar. Sie werden für die Bevölkerung weder transparent gemacht noch diskutiert.

Mehr nationale Souveränität, Vielfalt und begrenzte Experimente

Politisch brisant werden die Studien, wenn damit Wahlkampf betrieben wird. So bewerten die IW-Autoren ihre Studie mit: „Die Alternative für Deutschland (AfD) fordert den Austritt Deutschlands aus der EU.“ Auch hätte es der Transparenz gedient, den Auftraggeber/Finanzier in der Wifo-Studie zu benennen. Denn schließlich wird die INSM von den Verbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert. Deren bayrischer Landesverband hat in seiner gemeinsamen Erklärung mit der IG Metall den Dexit in Verbindung mit der AfD gebracht. Die inhaltliche Grundlage hierfür stellt ein Blick in das „Europawahl-Programm 2024 – Europa neu denken“ allerdings in Frage.

Abgesehen von manchen Inkonsistenzen finden sich dort zumindest diskussionswürdige Umgestaltungsvorschläge, die an die Ursprünge eines „Europas der Vaterländer“, mehr nationale Souveränität, Vielfalt und begrenzte Experimente statt riskanter und alternativerloser Einheitlichkeit anknüpfen. Selbst der EU-Binnenmarkt und eine Gemeinschaftswährung für strukturalistische Länder stehen im Programm. Ein Dexit sähe anders aus. Und: Was sind eigentlich die Kosten eines Weiter so?

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.
► www.insm.de/fileadmin/insm-dms/downloads/20240420-Dexit_INSM_final.pdf

Karl Braun erzählt zu aktuellen Themen.
www.karlbraun.info und auf Facebook Karl Braun schreibt

Schreiben Sie?
Seit 1976 verlegen wir Romane • Lyrik • Anthologien Sachbücher • Wissenschaften
Wir freuen uns auf Ihr Manuskript!
Haag + Horechen Verlag GmbH
Schwarzwaldstraße 23 • 63454 Hanau
Telefon 06181/520 670-0
Fax 06181/520 670-40
www.haagundhorechen.de

Fraktion im Dialog
Hamburg nach den Wahlen!
Dirk Nockemann
Fraktionsvorsitzender
Montag, 10. Juni, 19.00 Uhr
Hamburger Rathaus
Anmeldung unter: 040 428 312 518 oder afd-veranstaltungen@afd-fraktion.hamburg.de

Hallo Du! Hallo Mitte! Hallo wach?!
Dieser einzigartige Roman lässt einen mittelständischen Unternehmer zu Wort kommen. Max Grund müht sich im Alltag mit vielen unvernünftigen politischen Entscheidungen ab: **Energiewende, Fachkräftemangel, Migration, Bürokratie.** Er versteht die deutsche Politik nicht mehr. Alles in ihm sträubt sich und von Medien fühlt er sich oft bevormundet. Als er den Mund aufmacht und sich positioniert – hat es Konsequenzen.
Raif M. Ruthardt
Das laute Schweigen des Max Grund
210 Seiten | € 23,00
ISBN 978 3 9825 7480 5
Hardcover | eBook | Hörbuch
Im Buchhandel, bei AMAZON, THALIA und auf vielen weiteren Plattformen, wie Spotify.
EDITION PJB